

DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

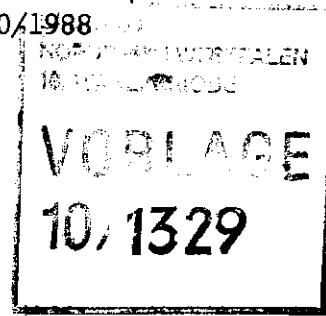
Präsident des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Haus des Landtags

4000 DÜSSELDORF 30,  
JÄGERHOFSTRASSE 6

9. November 1987

4000 Düsseldorf

I D 1 - 0028 - 10/1988



Betr.: Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes und des  
Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988 in den Fach-  
ausschüssen;  
hier: 37. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses  
am 08.10.1987

Anlg.: 1 Vorlage nebst 100 Abdrucken

Hiermit übersende ich eine Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß  
des Landtags mit der Bitte, sie an die Mitglieder des Ausschusses  
weiterzuleiten.

*[Handwritten signature]*



## DER FINANZMINISTER DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

4000 DÜSSELDORF 30,  
JÄGERHOFSTRASSE 6

9. November 1987

I D 1 - 0028 - 10/1988

Vorlagean den Haushalts- und Finanzausschußdes Landtags

Betr.: Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes und des  
Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1988 in den  
Fachausschüssen;  
hier: 37. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses  
am 08.10.1987

Zu den aus Anlaß der parlamentarischen Beratung des Haushaltsentwurfs 1988  
in der o. a. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags von  
den Fraktionssprechern bzw. einzelnen Abgeordneten zu verschiedenen Bereichen  
des Einzelplans der Allgemeinen Finanzverwaltung - Einzelplan 14 - aufgewor-  
fenen Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

I. Bauunterhaltung (Kapitel 14 020 Titel 519 20)1. Maßnahmenkatalog 1988

Der Ausgabenbedarf für das Haushaltsjahr 1988 orientiert sich an den  
Baubedarfsnachweisungen, die jährlich aufgestellt werden, zuzüglich der  
Maßnahmen zum Umweltschutz (Auswechslung PCB-haltiger Transformatoren  
und Kondensatoren insgesamt 40 Mill. DM) und der Maßnahmen zur Immis-  
sionsminderung und Energieeinsparung (insgesamt 170 Mill. DM). Die  
derzeit ausgewerteten Baubedarfsnachweisungen schließen allein für den

...

Bereich der Staatshochbauverwaltung mit 412 Mill. DM ab. Dieser Betrag liegt wesentlich über dem im Haushaltsplanentwurf 1988 ausgebrachten Ansatz von 332 Mill. DM.

Die Hälfte der über 8.000 landeseigenen Bauten wurde vor 1970 gebaut und erfordert über die regelmäßige Instandsetzung hinaus Maßnahmen zur Beseitigung von außerordentlichen Schäden an Fenstern, Fassaden und Dächern sowie Maßnahmen zur Anpassung an den rechtlichen, technischen und wirtschaftlichen Standard. Die weitere Nutzung vieler Gebäude ist nur unter Zurückstellung erheblicher Bedenken bezüglich der Sicherheit, Funktionsfähigkeit und Behaglichkeit vertretbar. Darüber hinaus fordern die vielfach unverhältnismäßig hohen Betriebskosten eine alsbaldige Grundinstandsetzung.

Die knappen Haushaltsmittel zwingen zur Prioritätenbildung. Die Bauverwaltungen erarbeiten daher gemeinsam mit den Nutzern jährlich einen Maßnahmenkatalog, der folgende Prioritäten berücksichtigt:

- Gefahrenabwehr,
- Funktionserhaltung,
- Vermeidung von Vermögensverlusten,
- Wiederherstellung der Behaglichkeit.

Aus dem Maßnahmenkatalog 1988, der weit über 500 Bauunterhaltungsmaßnahmen enthält, wurde eine Reihe von größeren Einzelbaumaßnahmen in der als Anlage 1 beigefügten Übersicht zusammengestellt. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich im wesentlichen um Grundinstandsetzungsmaßnahmen bei Altkliniken, Denkmälern, Justizvollzugsanstalten und Finanzämtern.

## 2. Aufstockung der Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 14 020 Titel 519 20 im 2. Nachtrag 1987

Die Maßnahmen, die mittels der im 2. Nachtrag zum Haushaltsplan 1987 vorgesehenen Aufstockung der Verpflichtungsermächtigung um 22,5 Mill. DM im Haushaltsjahr 1988 begonnen bzw. fortgesetzt werden sollen, bitte ich den als Anlage 2 bis 6 beigefügten Auflistungen der Regierungspräsidenten zu entnehmen. Darüber hinaus wurde bereits zugunsten der Finanzbauverwaltung in eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von

...

2,6 Mill. DM für die Pflege bruchgefährdeter Bäume im Schloßpark Nordkirchen eingewilligt.

Als Gründe für den erhöhten Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen kommen u. a. die Zunahme der unvorhersehbaren und unaufschiebbaren Instandsetzungen zur Abwehr von Gefahren und zur Substanzerhaltung, die Beschleunigung der Instandsetzungsarbeiten zur Ermöglichung der fristgerechten Kündigung von Anmietungen und die kontinuierliche Weiterführung der Arbeiten ohne Unterbrechung zur Minimierung der Dauer der Betriebsstörungen in Betracht.

II. Stand der Vorbereitungen der ALMA-Klage und der Verhandlungen mit Hessen

Das Finanzamt Düsseldorf-Mitte hat den Landesanteil der an die ALMA-Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, erstatteten Körperschaftsteuer beim Finanzamt Frankfurt/Main-Börse angefordert. Das Finanzamt Frankfurt/Main-Börse hat dem Finanzamt Düsseldorf-Mitte mit Schreiben vom 21.09.1987 mitgeteilt, daß eine abschließende Bearbeitung bisher nicht erfolgen konnte.

III. Durchschnittsverzinsung der Kreditmarktmittel (Kapitel 14 650 Titel 575 10)

Dem bei Kapitel 14 650 Titel 575 10 ausgebrachten Schuldzinsenansatz 1988 liegt ein durchschnittlicher Nominalzinssatz in Höhe von 7,334 v. H. zugrunde. Der durchschnittliche Effektivzinssatz beläuft sich auf 7,681 v. H.. Bei der Ermittlung dieser Durchschnittszinssätze wurden alle bis zum 28.10.1987 aufgenommenen Schuldscheindarlehen, Anleihen usw. berücksichtigt, deren Laufzeit über den 31.12.1987 hinausgeht. Die durchschnittliche Gesamtlaufzeit der Darlehen betrug 9 Jahre, die durchschnittliche Restlaufzeit beläuft sich auf 5,674 Jahre. Den Zinsen für die noch bis zum Ende des Haushaltsjahres 1987 aufzunehmenden Kredite liegt ein durchschnittlicher Zinssatz in Höhe von 6,5 v. H. zugrunde.

...

IV. Anteil der Versorgungsleistungen an den Personalausgaben  
im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung

Im mittelfristigen Finanzplan (1989 bis 1991) sind die Versorgungsleistungen mit folgendem Betrag in den Gesamtpersonalausgaben des Landes enthalten:

Planungs- jahr	Versorgungs- leistungen - Mill. DM -	Gesamtpersonal- ausgaben - Mill. DM -	Sp. 2 in v. H. von Sp. 3
1	2	3	4
1989	4.192,0	25.302,0	16,57
1990	4.365,0	26.214,7	16,65
1991	4.545,0	27.128,6	16,75

Bei der Ermittlung der in Spalte 2 genannten Versorgungsleistungen sind neben den Versorgungsbezügen auch die an die Versorgungsempfänger zu zahlenden Beihilfen, Fürsorgeleistungen und Unterstützungen berücksichtigt worden.

V. Entwicklung der Zahl der Versorgungsempfänger des Landes im Zeitraum  
der mittelfristigen Finanzplanung: 1. bei Ausnutzung aller Möglich-  
keiten zur vorzeitigen Zuruhesetzung, 2. bei Annahme ausschließlichen  
Ausscheidens an der Altersgrenze

1. Die Zahl der Versorgungsempfänger des Landes wird sich Ende des Haushaltsjahres 1988 auf rd. 94.400 belaufen. Bei Ausnutzung aller Möglichkeiten zur vorzeitigen Zuruhesetzung (hier kommt nur die Versetzung in den Ruhestand gem. § 45 Abs. 3 LBG - sog. Antragsaltersgrenze - in Betracht) würde sich die Zahl der Versorgungsempfänger im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung (1989 bis 1991) in etwa wie folgt entwickeln:

...

Planungs- jahr	Zahl der Ver- sorg.-Empfänger zu Beginn des Planungsjahres	Zugänge (+)	Abgänge (-)	Zahl der Versorg.- Empfänger am Ende des Planungsjahres
1989	94.400	+ 6.500	- 1.300	99.600
1990	99.600	+ 2.800	- 1.300	101.100
1991	101.100	+ 3.050	- 1.300	102.850

Dabei wurde davon ausgegangen, daß im Planungsjahr 1989 alle Beamten in den Ruhestand treten, die in diesem Jahr 62 Jahre und älter werden bzw. sind (bei Polizei- und Justizvollzugsbeamten Vollendung des 60. Lebensjahres). Die Zahl der Abgänge wurde unter Berücksichtigung der Entwicklung der letzten Jahre geschätzt.

2. Bei Annahme eines ausschließlichen Ausscheidens an der Altersgrenze (65. Lebensjahr, bei Polizei- und Justizvollzugsbeamten 60. Lebensjahr) würde sich die Zahl der Versorgungsempfänger in den Jahren 1989 bis 1991 in etwa wie folgt entwickeln:

Planungs- jahr	Zahl der Ver- sorg.-Empfänger zu Beginn des Planungsjahres	Zugänge (+)	Abgänge (-)	Zahl der Versorg.- Empfänger am Ende des Planungsjahres
1989	94.400	+ 1.500	- 1.300	94.600
1990	94.600	+ 1.850	- 1.300	95.150
1991	95.150	+ 2.350	- 1.300	96.200

VI. Bindung von Neueinstellungen, die sich durch Beurlaubungen und Teilzeitbeschäftigungen ergeben, an die individuellen (Beurlaubungs-)Anträge, so daß sie nur noch entsprechend befristet vorgenommen werden

Im Beamtenverhältnis sind - von bestimmten Ausnahmen abgesehen (Professoren) - befristete Dienstverhältnisse grundsätzlich ausgeschlossen. Bei Beurlaubung eines Stelleninhabers kann die Planstelle entweder mit einer Aushilfskraft i. S. von § 7 Abs. 4 Haushaltsgesetz 1987 in Anspruch genommen oder - wenn

...

der Beurlaubte auf eine Leerstelle übernommen wird - auch mit einem neuen Beamten wiederbesetzt werden. Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung sind nach § 17 Abs. 5 Satz 3 LHO Planstellen auch mit mehreren teilzeitbeschäftigten Beamten entsprechend dem Umfang ihrer Teilzeitbeschäftigung besetzbar. Insofern sind Neueinstellungen in ein Teilzeit-Beamtenverhältnis möglich.

Die Landesregierung hat anlässlich des Inkrafttretens der Vorschriften des § 78 b Landesbeamtengesetz und des § 8 b Landesrichtergesetz am 11.12.1984 beschlossen, daß die haushaltmäßige Umsetzung der neuen beamtenrechtlichen Bestimmungen nicht zur Ausweitung des Stellenplans führen darf. Bei der Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Urlaub ist deshalb von den personalbewirtschaftenden Stellen Vorsorge zu treffen, daß die Rückkehr zur vollen Arbeitszeit oder die Beendigung von Urlaub nicht zu einer Ausweitung des Stellenplans führt. Auf diese Notwendigkeit bei der Stellenbewirtschaftung wird in den Rundschreiben zur Feststellung des jeweiligen Haushaltsplans stets erneut hingewiesen.

Im Bereich der Angestellten und Arbeiter sind Ersatzeinstellungen unter denselben Voraussetzungen, wie sie vorstehend für Beamte genannt wurden, zugelassen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht mißbräuchlich und nur für eine Höchstdauer von 5 Jahren erfolgen (Hinweis auf Nr. 2 der Protokollnotiz zu Nr. 1 SR 2y BAT). Die Pflicht, im Rahmen der Stellenbewirtschaftung sicherzustellen, daß bei Beendigung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung der Stellenplan nicht ausgeweitet wird, gilt gleichermaßen für den Bereich der Angestellten und Arbeiter.

## VII. Beschäftigung Schwerbehinderter in der Landesverwaltung NRW

### 1. Stand der Untersuchung betr. Durchsetzung der im Schwerbehindertengesetz vorgesehenen Mindestbeschäftigungsquote

Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags hat am 05.12.1986 die Landesregierung um Vorschläge gebeten, die zur Durchsetzung der im Schwerbehindertengesetz vorgesehenen Mindestbeschäftigungsquote von

...



Schwerbehinderten im Landesdienst führen. Die Prüfung im Finanzministerium wird durchgeführt. An den Arbeiten ist der Innenminister wegen der Neufassung der Richtlinien zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (sog. Fürsorgeerlaß) beteiligt. Sobald die Arbeiten abgeschlossen sind und die Landesregierung über das Ergebnis der Untersuchung Beschluß gefaßt hat, erfolgt die Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses. Es wird angestrebt, dies noch im Rahmen der parlamentarischen Beratungen des Haushalts 1988 zu ermöglichen.

## 2. Schwerbehinderten-Statistik 1986

Der Nachweis des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik über die Beschäftigung Schwerbehinderter in der Landesverwaltung NRW ist dieser Vorlage als Anlage 7 beigelegt. Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter in der Landesverwaltung betrug am 31.12.1986 5,5 v. H..

## 3. Vergleichszahlen im Bund und in den Ländern über die Erfüllung der Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz

Die Zahlen bitte ich der als Anlage 8 beigelegten Aufstellung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 15.05.1987 zu entnehmen.

Die Beschäftigungsquoten betreffen den Stand vom Monat Oktober des jeweiligen Jahres. Zum Ende des Jahres 1985 hat die Quote des Landes NRW exakt 5,36 v. H. betragen, wie aus dem Nachweis über die Beschäftigung Schwerbehinderter in der Landesverwaltung NRW - Stand 31.12.1985 - zu ersehen ist (Anlage 9).

...

4. Vorschläge der Hauptschwerbehindertenvertretung beim Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW, dem Haushalts- und Finanzausschuß mitgeteilt mit Schreiben vom 06.08.1987 (Zuschrift 10/1323)

Dem Vorschlag a) der Hauptschwerbehindertenvertretung, für Planstellen und Stellen, die mit Schwerbehinderten besetzt werden, auch im Haushaltsgesetz 1988 eine generelle Ausnahme von der Stellenbesetzungssperre zuzulassen, wird gefolgt.

Eine Stellungnahme zu Vorschlag b), wonach Stellen, die gem. § 5 Schwerbehindertengesetz nicht besetzt sind, ab 01.01.1988 so lange gesperrt sind, bis diese mit Schwerbehinderten besetzt werden, kann erst nach dem Ergebnis der vorgenannten Untersuchung (s. Nr. 1) abgegeben werden.

*Pörsch*

Übersicht

Über größere Bauunterhaltungsmaßnahmen

Gebäude, bauliche Maßnahme	Gesamtkosten DM	1988 DM
<u>Med. Einrichtungen Düsseldorf</u>		
Chirurgische Klinik		
- Sanierung technischer Gewerke -	2.876.000	600.000
Haus Himmelgeist		
- Grundinstandsetzung Orthopädie -	5.000.000	1.500.000
Chir. Neuchir. und Urologie-Klinik		
- Wiederaufbau des Daches -	1.600.000	500.000
<u>Med. Einrichtungen Bonn</u>		
Schwesternwohnheim und- schule		
- Fassaden-, Balkon- und Dachsanierung -	2.970.000	800.000
Grundinstandsetzungen		
- Anatomie	7.500.000	1.000.000
- Med. Klinik	3.500.000	800.000
- Kinderklinik	6.500.000	600.000
- Frauenklinik	10.000.000	700.000
- Hauptklinik	10.000.000	700.000
- Mikrobiologie/Hygiene	5.000.000	400.000
<u>Med. Einrichtungen Köln</u>		
Zentralklinikum		
- Sanierung der Bettenhausfassade -	7.600.000	2.800.000
Kinderklinik		
- Erneuerung Sanitär- und Heizungsinstalla-		
- tion, Sanierung von Außenbauteilen-	4.600.000	600.000
Nervenklinik		
- Grundinstandsetzung -	3.540.000	470.000

c/1

Übersicht

Über größere Bauunterhaltungsmaßnahmen

Gebäude, bauliche Maßnahme	Gesamtkosten DM	1988 DM
<u>Med. Einrichtungen Münster</u>		
Chirurg. Klinik - Südflügel		
- Umbau und Instandsetzung -	7.660.000	1.094.000
Medizinische Klinik		
- Umbau und Instandsetzung -	2.984.000	1.600.000
<u>Universität Bochum</u>		
- Sichtbetonsanierung -	22.940.000	1.500.000
- Dachsanierungen -	30.900.000	1.400.000
- Austausch von innenliegenden PCB-Trafos -	3.355.000	825.000
Malakowturm		
- Sanierung für ein medizin-geschicht-liches Museum -	4.200.000	100.000
<u>Kirchen</u>		
Klosterkirche Marienfeld		
- Grundinstandsetzung -	4.195.000	500.000
Dom zu Minden		
- Innere Sanierung -	2.295.000	1.045.000
Jesuitenkirche Büren		
- Innere Sanierung -	5.000.000	1.000.000
St. Andreas, Düsseldorf		
- Innere Sanierung -	5.200.000	1.000.000
Propsteigebäude Königswinter-Oberpleis		
- Wiederaufbau des abgebrannten Gebäudes -	1.200.000	800.000

Übersicht  
über größere Bauunterhaltungsmaßnahmen

Gebäude, bauliche Maßnahme	Gesamtkosten DM	1988 DM
<u>Justizvollzugsanstalten</u>		
JVA Essen		
- Instandsetzung der Fassaden und Dächer -	1.200.000	270.000
JVA Düsseldorf		
- Instandsetzung der Anstaltsküche -	1.300.000	500.000
JVA Rheinbach		
- Instandsetzung der Anstaltsküche -	670.000	670.000
- Grundinstandsetzung von Dienstwohnungen -	3.700.000	250.000
JVA Münster		
- Grundsanierung der Haftanstalt -	2.244.000	680.000
<u>Finanzbauverwaltung</u>		
Grundinstandsetzungen		
- Landesbehördenhaus Duisburg	1.100.000	1.100.000
- Finanzamt Kempen	900.000	900.000
- Finanzamt Oberhausen-Süd	1.000.000	1.000.000
- Oberfinanzdirektion Köln (Altbau)	1.350.000	1.350.000
- Oberfinanzdirektion Köln (Neubau)	2.900.000	2.900.000
- Finanzamt Hörde	1.100.000	1.100.000
- Finanzamt Altena	1.200.000	1.200.000





# DER REGIERUNGSPRÄSIDENT ARNSBURG

Der Regierungspräsident · Postfach · 5780 Arnsberg 2

## DIENSTGEBÄUDE

Entwurf

- Seibertzstraße 1  
 Seibertzstraße 2  
 Schloßstraße 14  
 Eichholzstraße 9

AUSKUNFT ERTEILT

Herr Seidel

 TELEFON  
 0 29 31 / 82 - 3351

 TELEFAX  
 316

1. Minister für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr des  
Landes Nordrhein-Westfalen  
Breite Str. 31

Anno Düsseldorf

Ihr Zeichen und Tag

VI B 4-o.226-1

Mein Zeichen (Bei Antwort bitte angeben)

34.1.32-12-11

Arnsberg

26. Okt. 1987

Betreff:

Bauunterhaltungsfonds der Staatshochbauverwaltung des Landes NRW;  
- Kapitel 14 o2o, Titel 519 2o -

hier: Beantragung einer weiteren Verpflichtungsermächtigung zu  
Lasten des Haushaltsjahres 1988

Bezug:

1. Mein Bericht vom 21. September 1987 - Az.: wie oben -
2. Ferngespräch des Berichterstatters mit Herrn Brüsewitz am  
2o. Oktober 1987

Berichtersteller: RBD Seidel

Im Nachgang zum Bezugsbericht gebe ich Ihnen hiermit eine Auf-  
listung der baulichen Maßnahmen, für die eine Verpflichtungs-  
ermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 1988 benötigt wird.

Baumaßnahmen

Beantragte VE 1988

1. AG Lünen - o4 o4o -

- Grundinstandsetzung -

Gesamtkosten = 1.700.000,-- DM

bisher bereitgestellt = 200.000,-- DM

vorgesehen im Maßnahmenkatalog 1988 =

450.000,-- DM

400.000,-- DM

Die Arbeiten an dem denkmalwerten Ge-  
bäude werden in 1988 fortgesetzt. Zur  
Bildung sinnvoller Bauabschnitte bei

-2-

BaumaßnahmenBeantragte VE 1988

der Fenster- und Fassadensanierung sind die Leistungen für den 1. Bauabschnitt (600.000,-- DM) insgesamt zu vergeben.

2. LG Dortmund - 04 040 -

- Grundinstandsetzung -

Gesamtkosten = 4.250.000,-- DM

bisher bereitgestellt = 688.000,-- DM

Im Maßnahmenkatalog 1988 = 760.000,-- DM

600.000,-- DM

Die Grundsanierung soll 1988 ohne Unterbrechung fortgeführt werden. Dazu ist es erforderlich, daß einzelne Gewerke bereits in 1987 vergeben werden.

3. Ruhr-Universität Bochum - 06 151 -

3.1 Studentenwohnheim, Overbergstr. 15

- Dach -, Fenster- und Fassadensanierung -

Gesamtkosten = 1.100.000,-- DM

bisher bereitgestellt = 500.000,-- DM

500.000,-- DM

Für den Baubeginn der v.g. Maßnahmen werden mit Erlaß des MSWV vom 21.09.1987 bereits für 1987 500.000,-- DM bereitgestellt. Die Leistungen für die Dach-, Fenster- und Fassadensanierung müssen insgesamt in 1987 vergeben werden. Eine Aufteilung in verschiedene Ausschreibungsböcke 1987 und 1988 ist baufachlich nicht zu vertreten.

3.2 RU-Bochum

- Erneuerung der Hauptschaltanlage -

...



-3-

Baumaßnahme	Beantragte VE 1988
<p>Gesamtkosten = 1.420.000,-- DM  im Maßnahmenkatalog 1988 = 710.000,--  DM. 1987 bereitgestellt: 710.000,-- DM</p> <p>Die Arbeiten an der Hauptschalteranlage für die Normalstromversorgung müssen in 1987 begonnen und in 1988 fertiggestellt werden. Diese können aus technischen Gründen nur insgesamt ausgeschrieben und vergeben werden.</p>	710.000,-- DM
<p>3.3 - Einbau von Absperrarmaturen im Wärme- und Kältenetz -</p> <p>Gesamtkosten = 3.670.000,-- DM  bisher bereitgestellt = <del>710.000,--</del> <sup>560.000,--</sup> DM  im Maßnahmenkatalog 1988 = 900.000,-- DM</p> <p>Die Maßnahme zur Sanierung (519 2o) und Ergänzung (713 4o) der Absperrarmaturen werden aus verschiedenen Titeln finanziert. Nach Genehmigung der IU-Dau für die E-Maßnahme sind zur Kosteneinsparung <del>die</del> <sup>die</sup> beide Titel gemeinsam ausgeschrieben worden und <sup>in</sup> möglichst großen Teilabschnitten zu vergeben.</p>	720.000,-- DM
<p>3.4 <u>Gebäude NC</u></p> <p>- Erneuerung der Dachkanäle und eines Abluftventilators Chemie</p> <p>Gesamtkosten = 850.000,-- DM</p> <p>Die Arbeiten sind aus Sicherheitsgründen zwingend erforderlich und müssen ohne Verzug vergeben werden.</p>	480.000,-- DM

...

-4-

BaumaßnahmeBeauftragte VE 19884. Landesforstverwaltungen - lo 260 -

- Instandsetzungsarbeiten an den  
Forstgehöften Rumbeck, Nieder-  
eimer, Schanze, Waldarbeits-  
schule und FA Obereimer

90.000,-- DM

Wegen Versetzung der Dienstwohnungs-  
inhaber müssen die Gebäude vor Neube-  
zug instandgesetzt werden. Die Gebäu-  
de stehen z.Zt. leer bzw. werden zum  
Ende des Jahres leer gezogen

Gesamtbetrag =

---

 3.500.000,-- DM  
 =====

Ich bitte nunmehr, die Einwilligung der Inanspruchnahme der v.g.  
Verpflichtungsermächtigung <sup>bei</sup> ~~des~~ Finanzminister~~s~~ zu erwirken.

2. z.d.A. Mittelbewirtschaftung  
-hum.-

abgesandt an Herrn  
Briewitz 26/10.

No.

I.A.

26/10



# DER REGIERUNGSPRÄSIDENT DETMOLD

Regierungspräsident Postfach 5 4930 Detmold

Sprechtag jeweils am Donnerstag von 8-16 Uhr

Herrn  
Techn. Angestellten  
Dipl.-Ing. Brüscwitz  
Ministerium für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr

Telefon: (05231) 71-0  
Durchwahl: (05231) 71 3405  
Auskunft erteilt:  
Zimmer: D 204

4000 Düsseldorf

**Bitte in der Antwort mein Zeichen angeben**

Ihr Zeichen und Tag

Mein Zeichen

Detmold

34.12 - 20

26. Oktober 1987

Betr.: Bauunterhaltungsfonds der Staatshochbauverwaltung des Landes NW  
- Kapitel 14 020, Titel 519.20

hier: Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Haushalts-  
jahres 1988

Berichtersteller: Ltd. Regierungsbaudirektor Knümann

Anlg.: - 3 -

Um eine kontinuierliche Abwicklung der Bauunterhaltungsarbeiten in meinem Geschäftsbereich sicherzustellen, benötige ich im laufenden Haushaltsjahr noch weitere Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 3 Mio DM bei der o.a. Haushaltsstelle.

Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

1. Landgericht Bielefeld	=	2.000.000,-- DM
2. Klosterkirche Marienfeld	=	500.000,-- DM
3. Universität Bielefeld	=	500.000,-- DM

Weitere Einzelheiten sind den beigegeführten Anlagen zu entnehmen.

Im Auftrag

*Heinrich Omm*

Anlage 3 (2)

Blatt: 1

Projekt	Kapitel	StHBA	Liegenschaft	Maßnahme	Gesamtkosten
	04 040	Bielefeld	Land- und Amtsgericht Bielefeld	<p>Grundinstandsetzung Benötigte Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 1988: <u>Begründung:</u> Es besteht eine große Terminabhängigkeit mit dem Neubau des Justizzentrum und den bisher benötigten Anmietungsobjekten. Aufgrund der langfristigen Nutzung sind von seiten der Justiz bereits Kündigungen der Mietobjekte angezeigt, die somit den Ablauf der Instandsetzungsmaßnahmen bestimmt.</p>	5.245.000,-- DM 2.000.000,-- DM

Priorität	Kapitel	StHBA	Liegenschaft	Maßnahme	Gesamtkosten
-	05 610	Bielefeld	Klosterkirche Marienfeld	<p>Grundinstandsetzung Benötigte Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 1988</p> <p><u>Begründung:</u> Im Rahmen der Grundinstandsetzung wird z.Zt. die Sanierung der Fassade durchgeführt. Um wirtschaftliche Abschnitte bilden zu können und eine kontinuierliche Bauabwicklung sicherzustellen, wird eine Verpflichtungsermächtigung in vorgenannter Höhe benötigt.</p>	<p>3.745.000,-- DM 500.000,-- DM</p>

Priorität	Kapitel	StHBA	Liegenschaft	Maßnahme	Gesamtkosten
-	06 181 06 183	Bielefeld	Universität Bielefeld	<p>Allgemeine Bauunterhaltungsarbeiten Benötigte Verpflichtungsermächtigung zu Lasten 1988</p> <p><u>Begründung:</u> Aufgrund des Umfangs der Bauunter- haltungsarbeiten im Bereich der Universität werden teilweise Instand- setzungen über mehrere Haushaltsjahre abgewickelt. Um wirtschaftliche Preise zu erzielen, sind Ausschreibungen mit den vorgenannten Abschnittsbildungen notwendig.</p>	ca. 3.300.000,-- DM 500.000,-- DM


 DER  
 REGIERUNGSPRÄSIDENT  
 DÜSSELDORF
 F/1

Regierungspräsident, Postfach 300 865, 4000 Düsseldorf 30

 Minister für Stadtentwicklung,  
 Wohnen und Verkehr  
 des Landes Nordrhein-Westfalen  
 Postfach 11 03

4000 Düsseldorf 1

Sprechtage nur montags und donnerstags

öffentliche Verkehrsmittel ab Hauptbahnhof:

Buslinie 726 bis Rheinterrasse

U-Bahn-Linie 79, 718 bis Klever Straße

Fernsprecher (0211) 4977 - 1 oder

 (0211) 4977 2500 Zimmer Nr. 67  
 (Durchwahl)

Bitte mein Zeichen in der Antwort angeben

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Düsseldorf

34.1.32.10.10

16. 10.1987

Betrifft:

 Bauunterhaltungsfonds der Staatshochbauverwaltung NRW,  
 Kap. 14 020, Tit. 519 20;  
 hier: Antrag auf Verstärkung der Verpflichtungsermäch-  
 tigung zu Lasten des Haushaltsjahres 1988 bei  
 Titel 519 20

Bezug: - ohne -

Berichterstatter: Regierungsbaudirektor Utrobicic

 Mit Erlassen vom 19.01., 31.07. und 02.09.1987 - VI B 4 - 0.226 -  
 wurden Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten HHJ 1988 in Höhe  
 von insgesamt

12 200 000,-- DM

bei Titel 519 20 bereitgestellt.

 Durch Vorlagebericht meiner Bauämter wurde mir inzwischen belegt,  
 daß zur kontinuierlichen Weiterführung laufender Baumaßnahmen,  
 d. h. zur rechtzeitigen Beauftragung weiterer Leistungsumfänge,  
 eine VE-Verstärkung bei diesem Titel erforderlich wird.

Insgesamt summiert sich der Finanzierungsbedarf auf

rd. 3 500 000,-- DM.

- 2 -

 Dienstgebäude  
 Cecilienallee 2

 Telefax  
 (0211) 4977 - 2188

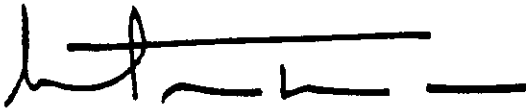
 Telex  
 85 84 938  
 rp df

 Konten der Regierungshauptkasse  
 Landeszentralbank Düsseldorf (BLZ 300 000 00) Kto. 300 01520  
 Postscheckamt Essen (BLZ 360 100 43) Kto. 147 437  
 Westdeutsche Landesbank  
 Girozentrale Düsseldorf (BLZ 300 500 00) Kto. 4 100 012

- 2 -

Um Bereitstellung wird gebeten.

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of connected loops and a long horizontal stroke at the end.

(Utrobicic)



**DER  
REGIERUNGSPRÄSIDENT  
KÖLN**

Regierungspräsident, Postfach 10 15 48, 5000 Köln 1

Minister für Stadtentwicklung,  
Wohnen und Verkehr des Landes  
Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf

Dienstgebäude:

- Zeughausstr. 4-8 u. 10  
 Unter Sachsenhausen 6  
 Mohrenstr. 16  
 Christophstr. 2

Zu erreichen mit öffentlichen  
Verkehrsmitteln:  
Bundesbahn bis Köln-Hbf.  
U-Bahn Linien 3,4,5,9,12,16  
bis AppellhofplatzTelefon:  
(0221) 1633-1Durchwahl:  
1633- 2208

Auskunft erteilt:

Zimmer: 439

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (bitte immer angeben)  
34.1.05-1.2-14020/51920

Köln 23. Okt. 1987

Betreff

Bauunterhaltungsfonds der Staatshochbauverwaltung des  
Landes Nordrhein-Westfalen  
hier: Antrag auf Erteilung von Verpflichtungsermächtigungen  
bei Kapitel 14020 Titel 51920

Berichterstatter: Ltd. Regierungsbaudirektor Heinemann

Mitberichterstatter: Regierungsdirektor Hermanns (BdH)

Im Haushaltsjahr 1987 stehen mir zur Erfüllung der Bauaufgaben durch die Staatshochbauämter bei Kapitel 14020 Titel 51920 Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rd. 15 Mio DM zur Verfügung. Von dieser Gesamt-VE habe ich den Bauämtern weisungsgemäß 2,75 Mio DM für die Sanierung der Bettenhausfassade der Universität Köln und 656.000,-- DM für die Sanierung der Fassade am Universitätshauptgebäude Bonn zugewiesen. Die übrigen VE habe ich entsprechend den Erfordernissen für Allgemeine Bauunterhaltungsarbeiten und Bauunterhaltungsarbeiten gemäß Maßnahmenkatalog verteilt.

Zur Erfüllung der Bauausgaben benötige ich weitere Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 7.000.000,-- DM zu Lasten des Haushaltsjahres 1988.

Diese VE werden für folgende Bauunterhaltungsmaßnahmen benötigt:  
- Fassadensanierung des Universitätshauptgebäudes Bonn, Teilbereich "Am Hofgarten" und Kaiserplatzflügel

Den Bericht des Staatshochbauamtes Bonn vom 18.09.1987 habe ich Ihnen am 09.10.1987 übersandt. Die Arbeiten dienen der Gefahrenabwehr und müssen ohne Zeitverlust durchgeführt werden. Die Aufträge

Überweisungen an Regierungshauptkasse Köln:  
Landeszentralbank Köln BLZ 370 000 00 Kto. 370 01520  
Postgiroamt Köln BLZ 370 100 50 Kto. 106 14-504  
Westdeutsche Landesbank,  
Girozentrale Köln BLZ 370 500 00 Kto. 96 560

Telex  
08 881 451 rp kld  
Btx-Nr.:  
0221 1633  
Telefax  
1633 3185

\*\*\*

Sprechzeiten:  
donnerstags von 8.00-16.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

- 2 -

sollen noch in diesem Haushaltsjahr erteilt werden.

Benötigte VE = 1.518.000,-- DM.

- Frauenklinik der Universität Bonn, Umbauarbeiten in der OP-Abteilung

Die Maßnahme befindet sich in der Ausführungsphase. Zur Vermeidung von Mehrkosten müssen die Anschlußaufträge noch in 1987 erteilt werden.

Benötigte VE = 600.000,-- DM

- Fassadensanierung des Instituts für Bauwesen der RWTH Aachen

Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen rd. 5,5 Mio DM. Aus fach-technischen und gestalterischen Gründen sowie im Hinblick auf die Gewährleistung muß der Gesamtauftrag an eine Firma vergeben werden. Die Ausschreibungsunterlagen liegen versandfertig im Staatshochbauamt Aachen.

Benötigte VE = 2.500.000,-- DM

- Fachhochschule für Rechtspflege in Bad Münstereifel, Sanierung der Sanitäreinrichtung

Die Maßnahme befindet sich in der Ausführungsphase. Um ein Stilllegen der Baustelle zu vermeiden, müssen die Anschlußaufträge erteilt werden.

Benötigte VE = 400.000,-- DM

- Maßnahmenkatalog 1987 und 1988

Für andere, hier nicht im einzelnen erwähnte Bauunterhaltungsmaßnahmen, werden weitere VE benötigt. Sie dienen der Fortführung laufender sowie der Vorbereitung neuer Maßnahmen des Katalogs 1988.

Benötigte VE - *John van der* 500.000,-- DM

\*\*\*

- "Pauschalmittel"

Aufgrund der geringen VE konnten für die Allgemeinen Bauunterhaltungsarbeiten lediglich 4 Mio DM an die Staatshochbauämter verteilt werden.

Hier besteht ein zusätzlicher Bedarf von mindestens 1.500.000,-- DM.

Um Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von

7.000.000,-- DM

zu Lasten des Haushaltsjahres 1988 bei Kapitel 14020 Titel 51920 wird gebeten.

Im Auftrag



Wyssada  
(~~Holtmann~~)





H/A

# Der Regierungspräsident Münster

Der Regierungspräsident · Postfach 5907 · 4400 Münster

Minister für  
Stadtentwicklung, Wohnen  
und Verkehr des Landes  
Nordrhein-Westfalen  
- VI B 4 -

4000 Düsseldorf

Dienstgebäude:

- Domplatz 1-3  
 Domplatz 36  
 Moltkestraße 18  
 Friesenring 34  
 Rothenburg 41  
 Bonhoefferstraße 60

Telefon: (0251)

411- 3303

411-

5009-

5009-

411-

7795-

Zentrale:

411-1

411-1

5009-1

5009-1

411-1

7795-1

Auskunft erteilt:

Zimmer: 303

Sprechtage:

- Donnerstag -

Bitte bei Ihrer Antwort mein Zeichen angeben!

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Münster

34.1.1203 (87) + 1203 (88) + 14.900

22. Okt. 1987

Betr.: Bauunterhaltungsfonds der Staatshochbauverwaltung  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Kapitel 14 020 Titel 519 20;

hier: Beantragung von Verpflichtungsermächtigungen

Berichterstatter: Ltd. Regierungsbaudirektorin Spieß

Für die kontinuierliche Fortführung begonnener Maßnahmen werden  
im Haushaltsjahr 1987 noch folgende Verpflichtungsermächtigungen  
benötigt:

JVA Münster

- Grundinstandsetzung Haftanstalt 350.000,-- DM

Hüfferstr. 27 (ehem. Orthopäd. Klinik)

- Umbau und Herrichtung des Gebäudes  
Hüfferstr. für die Nutzung durch  
die Universität 400.000,-- DM

Für Leistungen durch die betriebs-  
techn. Abt. der Institute und Kliniken 300.000,-- DM

Medizinische Klinik (Freiluftabteilung)  
- Umbau und Instandsetzung Psychosomatische  
und Infektionsabt. für die Kinderklinik 300.000,-- DM

Für Instandsetzung 650.000,-- DM

insgesamt

2.000.000,-- DM

- 2 -

Überweisungen an  
Regierungshauptkasse  
Münster:

Landeszentralbank Münster  
Westdeutsche Landesbank  
Girozentrale Münster  
Postgiroamt Dortmund

BLZ 400 00000  
BLZ 400 50000  
BLZ 440 10046

Kto. 400015 20  
Kto. 61820  
Kto. 247-463

Telex 89 2870 rpms  
Telefax 411 2525

- 2 -

Es wird gebeten, die Verpflichtungsermächtigung bei  
Kapitel 14 020 Titel 519 20 in Höhe von 2.000.000,-- DM  
auf das Haushaltsjahr 1988 in Kürze bereitzustellen.

Im Auftrag

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'H. von ...', written in dark ink.

Landesamt  
für Datenverarbeitung und Statistik  
Nordrhein-Westfalen  
- 312.1763 -

Stand: 31.12.1986

I/1

Nachweis über die Beschäftigung Schwerbehinderter  
in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen

Dienststelle	Arbeitsplätze gemäß § 7 i.V.m. § 8 SchwbG	Besetzte Arbeitsplätze	
		absolut	in v.H.
Präsident des Landtags	257	19	7,4
Ministerpräsident	395	41	10,4
Innenministerium nachgeordnete Dienststellen	737 55 818	54 2 682	7,3 4,8
Justizministerium nachgeordnete Dienststellen	229 36 367	15 2 402	6,6 6,6
Kultusministerium nachgeordnete Dienststellen	369 155 329	23 5 063	6,2 3,3
Ministerium für Wissenschaft und Forschung nachgeordnete Dienststellen	336 55 666	28 3 738	8,3 6,7
Ministerium für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales nachgeordnete Dienststellen	393 6 424	48 1 093	12,2 17,0
Ministerium für Wirtschaft Mittelstand und Technologie nachgeordnete Dienststellen	454 1 404	32 128	7,0 9,1
Ministerium für Bundesan- gelegenheiten	36	2	5,6
Ministerium für Umwelt, Raum- ordnung und Landwirtschaft nachgeordnete Dienststellen	359 7 195	21 695	5,8 9,7
Ministerium für Stadtentwick- lung, Wohnen und Verkehr nachgeordnete Dienststellen	411 1 613	31 233	7,5 14,4
Finanzministerium nachgeordnete Dienststellen	415 33 490	39 3 241	9,4 9,7
Landesrechnungshof	175	17	9,7
Insgesamt	357 872	19 645	5,5





15. Mai 1987

Der Bundesminister für Arbeit  
und Sozialordnung

Vib 2 - 58 109 - 4

Erfüllung der Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz  
Auswertung aus dem Anzeigeverfahren gem. § 13 Abs. 2 SchwBG  
Stand: jeweils Oktober des Jahres

Land	1)																					
	Private Arbeitgeber					Öffentliche Arbeitgeber (Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen)					Oberste Landesbehörden (Ressorts und nachgeordneter Bereich)											
	82	83	84	85	86	87	88	82	83	84	85	86	87	88	82	83	84	85	86	87	88	
Baden-Württemberg	4,8	4,7	4,3	4,0				5,5	5,7	4,9	4,7				4,18	4,12	3,91	3,69				
Bayern	4,7	4,5	4,1	3,9				5,8	5,6	5,5	5,2				4,59	4,42	4,17	3,96				
Berlin	5,2	5,5	4,8	4,6				6,7	7,2	6,3	6,4				6,60	6,44	6,22	5,88				
Bremen	5,2	4,9	4,6	4,0				7,3	6,9	6,5	6,2				7,60	7,10	6,56	6,30				
Hamburg	4,9	4,6	4,4	4,1				5,8	5,7	5,5	5,1				5,74	5,77	5,54	5,47				
Hessen	4,7	4,5	4,1	3,9				5,3	5,0	5,0	4,8				4,40	4,30	4,20	4,10				
Niedersachsen	5,5	5,4	5,0	4,7				5,2	5,7	5,5	5,0				4,70	4,64	4,45	4,09				
Nordrhein-Westf.	7,3	7,0	6,4	6,0				8,2	7,8	7,4	7,0				6,10	5,96	5,60	5,40				
Rheinland-Pfalz	5,9	5,6	5,2	4,8				7,4	7,0	6,6	6,4				6,28	6,23	5,88	5,53				
Rheinland	4,4	5,3	5,0	4,9				6,8	6,7	6,8	6,4				5,99	6,03	5,85	5,88				
Saarland	4,5	4,3	3,9	3,9				5,7	5,4	6,1	6,0				4,55	4,46	4,30	4,15				
Schleswig-Holst.																						
Bundesgebiet insgesamt	5,6	5,4	5,0	4,7				6,6	6,5	6,2	5,9				5,29	5,20	4,94	4,71				

Bund <u>einschl.</u> 2)	7,0	6,9	6,5	6,2			
Sahn und Post							
Bund <u>ohne</u> 2)	8,9	8,6	8,1	7,6			
Bahn und Post							

Quellen: 1) Bundesanstalt für Arbeit  
2) Bericht an den Deutschen Bundestag

7/1



Stand: 31.12.1985

Landesamt  
für Datenverarbeitung und Statistik  
Nordrhein-Westfalen  
312.1763

Nachweis über die Beschäftigung Schwerbehinderter  
in der Landesverwaltung Nordrhein-Westfalen

Dienststelle	Anzahl der Beschäftigten insgesamt	Anzahl der beschäftigten Schwerbehinderten	
		absolut	in v.H.
Präsident des Landtags	252	18	7,14
Ministerpräsident	312	40	12,82
Innenministerium	729	60	8,23
nachgeordnete Dienststellen	56 050	2 705	4,83
Justizministerium	231	20	8,66
nachgeordnete Dienststellen	38 033	2 378	6,25
Kultusministerium	369	25	6,78
nachgeordnete Dienststellen	155 736	4 914	3,16
Ministerium für Wissenschaft und Forschung	332	28	8,43
nachgeordnete Dienststellen	59 721	3 759	6,29
Ministerium für Arbeit, Ge- sundheit und Soziales	395	50	12,66
nachgeordnete Dienststellen	8 681	1 335	15,38
Ministerium für Wirtschaft Mittelstand und Technologie	437	34	7,78
nachgeordnete Dienststellen	1 442	131	9,08
Ministerium für Bundesan- gelegenheiten	34	1	2,94
Ministerium für Umwelt, Raum- ordnung und Landwirtschaft	329	22	6,69
nachgeordnete Dienststellen	5 104	454	8,89
Ministerium für Stadtentwick- lung, Wohnen und Verkehr	411	33	8,03
nachgeordnete Dienststellen	1 627	234	14,38
Finanzministerium	411	40	9,73
nachgeordnete Dienststellen	35 897	3 362	9,37
Landesrechnungshof	178	21	11,80
Insgesamt	366 711	19 664	5,36